

# Schweizerzeit

*Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit*

«*Ja zur Schweiz*»



*Die schweizerische Neutralität*

2

*Bedrohungsorientiert planen!*

14

*Die Besserwisser der Nationalbank*

16

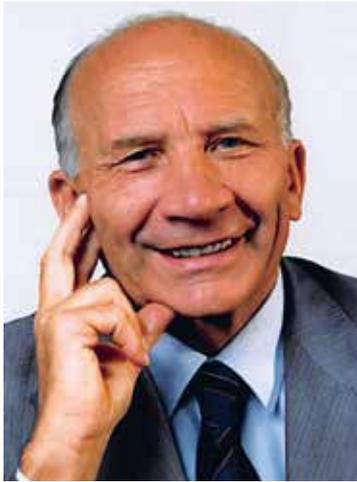


Die Substanz unserer Neutralität muss definiert werden

# Die schweizerische Neutralität

von alt Ständerat Franz Muheim (1923–2009), Flüelen UR

SZ. In der aktuellen Neutralitätsdebatte – insbesondere im Zusammenhang mit Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine – werden von Mitte-links Parteien und von linken Historikern zum Teil geradezu abenteuerliche Vorstellungen über das Wesen und die angeblich nötige «Neuinterpretation» der schweizerischen Neutralität geäußert. Umso mehr Gewicht hat der nachstehende Artikel «Die schweizerische Neutralität» des ehemaligen Urner Ständerates Franz Muheim. Obwohl bereits am 11.1.2008 erschienen, ist der Artikel aktueller denn je.



Die hierzulande engagierte geführte Neutralitätsdebatten gleichen oftmals phantomhaften Auseinandersetzungen. Weder jene, die sich für eine strikte Beachtung unserer Neutralität aussprechen, noch jene, welche ihr einen schwindenden Stellenwert oder gar Bedeutungslosigkeit zuschreiben, legen sich bezüglich Wesen, Inhalt und Charakteristiken

unserer Neutralität präzise fest. In der öffentliche Debatte muss daher über kurz oder lang die «Substanz der Neutralität» und ihre Umsetzung in die konkrete Politik definiert werden.

Die Neutralität ist ein von besonderen Verhaltensgrundsätzen geleitetes Verhältnis friedlicher Beziehungen zu den anderen Staaten. Dieser Neutralitätsstatus beruht auf Völkergewohnheitsrecht. Die Schweiz hat ihn im Verlaufe ihrer langen Geschichte als Leitlinie für ihr aussenpolitisches Verhältnis gewählt. Der Neutralitätsstatus stützt sich auf zwei Pfeiler – auf völkerrechtliche Abkommen (Neutralitätsrecht) und auf die Neutralitätspolitik. *(Wir konzentrieren uns hier auf Letztere – die Redaktion).*

## Neutralitätspolitik

In der Bundesverfassung findet sich ausdrücklich die Kompetenz von Bundesversammlung und Bundesrat, «Massnahmen zur Wahrung der Neutralität» zu treffen. Inhalt und Tragweite dieser Verfassungsnorm werden weder im Verfassungstext noch auf Gesetzesstufe definiert. Die Bundesverfassung überlässt es der Staatsführung, den gültigen Gehalt ihrer Neutralitätspolitik nach den jeweils herrschenden Umständen festzulegen.

Die Verfassungsnorm schliesst offensichtlich an die Pariser Erklärung vom 20. November 1815 an, worin in Fortführung der Wiener Deklaration vom 20. März 1815 die immerwährende Neutralität der Schweiz von den damaligen Grossmächten als «im Interesse Europas gelegen» anerkannt wurde. Seit der Gründung des Bundesstaates 1848 blieb dieser

Verfassungssatz unangefochten und rechtsgültig. Ohne eine Verfassungsänderung dürfen heute weder Bundesrat noch Parlament auf das Führen einer neutralitätspolitisch untermauerten Aussenpolitik verzichten. Die Schweiz definiert den Inhalt der Neutralitätspolitik in freier politischer Entscheidung.

Unsere Neutralitätspolitik muss gegenüber allen Staaten in gleicher Weise ausgeübt werden, während das Neutralitätsrecht nur die wenigen damaligen Unterzeichnerstaaten des Haager-Abkommens über die Neutralität (1907) bindet.

## Neutralität als verbindliche Handlungsmaxime

Diese Neutralitätspolitik wird von Anfang an und durch jahrzehntelange konstante Praxis als Mittel zum Zweck gehandhabt. Sie bildet eine besondere Art von politischem Vorgehen bei der Verfolgung der in Art. 2 und Art. 54 der Verfassung genannten Staatszwecke wie namentlich Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes, innerer Zusammenhalt sowie eine friedliche und gerechte internationale Ordnung.

Die Neutralität ist weder ein Staatsziel noch ein aussenpolitisches Sachprogramm, sondern ist als «Weg zum Ziel» zu verstehen. Sie ist eine verbindliche Handlungsmaxime für den Bundesrat beim Verfolgen der aussenpolitischen Ziele.

## Unparteilichkeit und Zurückhaltung

Ein solches neutralitätspolitisches Verhalten beinhaltet zwingend strikte Unparteilichkeit und kluge Zurückhaltung. Unser Land soll sich nicht in die Geschäf-

Malerei AG, Spritzwerk  
Farbencenter

**Bösiger**

041 761 99 27  
www.malerboesiger.ch

te der «Grossen» dieser Welt und in fremde Konflikte einmischen. Wird der Neutralitätsstatus im Kriegsfall jedoch von einer Signatarmacht der Haager Abkommen verletzt, führt dieser Rechtsbruch dazu, dass der neutrale Staat einer militärischen Allianz rechtmässig beitreten darf.

**Staatsziele neutralitätskonform verfolgen**

Die Neutralitäts-Grundsätze sind durch wichtige Elemente zu ergänzen. Diese betreffen den Inhalt der aussenpolitischen Aktionen und führen zu folgenden Fragen: «Welche der verfassungsmässigen Staatsziele stehen im konkreten Einzelfall in Frage?»/«Sind die gesetzten Ziele überhaupt erreichbar?»/«Stehen die anvisierten aussenpolitischen Schritte im Interesse der Schweiz?» und «Nützt die geplante Aktion der Völkergemeinschaft?» Ungeachtet dessen, ob es sich um diplomatische Proteste, öffentliche Kritik an Regierungen oder Vorkommnissen, oder um die Entsendung von militärischen Einheiten handelt: Immer haben sich Bundesrat und Parlament vorab nach diesen Fragestellungen auszurichten und die Ziele neutralitätskonform zu verfolgen.

Neutralität und humanitäres Völkerrecht sind einander weder über- noch untergeordnet. Beide sind gemäss ihren spezifischen Kriterien zu berücksichtigen. Daraus abzuleiten, die Schweiz müsse weltweit für die Durchsetzung des humanitären Völkerrechts

**LACHEN VERBOTEN!**



Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat alle in Deutschland lebenden Landsleute ersucht, sein Bild in ihrer Wohnung aufzuhängen. Laut Umfrage sind diesem Wunsch sehr viele nachgekommen. Ihre Begründung: Das Bild sei ein hervorragendes Mittel gegen Heimweh.

besorgt sein, ist fragwürdig. Ausserdem fehlen unserem Land diplomatische und andere Machtmittel zum internationalen «Rechtspolizisten». Tritt die Schweiz einer internationalen Organisation bei, ist dieser völkerrechtliche Akt auch aus der Sicht der Neutralität sorgfältig zu beurteilen. Einmal Mitglied geworden in einer internationalen Organisation, gilt die Neutralitätsverpflichtung in gleicher Weise für jede einzelne politische Aktion der Schweiz. Andernfalls läuft die Neutralität Gefahr, gerade dann an Glaubwürdigkeit und Wirkung zu verlieren, wenn es im Einzelfall um eine klare Positionierung der Schweiz als dauernd neutrales Land geht.

**Tief verankerte Neutralität**

Die Neutralität ist im politischen Bewusstsein des Schweizervolkes tief verankert. Ihr kommt nicht nur die richtungsweisende Bedeutung für die Aussenpolitik zu. Sie ist auch ein Tragpfeiler des innen-

**Der unstillbare Drang zur Selbstinszenierung**

cartoonexpress.ch  
Martin und Jürg Guhl





# MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



## ➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18  
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



# KIDDY DOME



SWISS FAMILY CENTER

## DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



# WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

politischen Friedens. Und sie beruht auf der Erfahrung, dass unsere Unabhängigkeit immer wieder durch machtpolitische Verwicklungen gefährdet ist und daher vorausschauend gesichert werden muss. Wird unsere Neutralität jedoch auf einen rein sicherheitspolitischen Zweck reduziert, wird ihre ausgreifende und umfassende politische Bedeutung total verkannt.

Die Neutralität berührt jedoch die unabhängige Meinungsbildung der Bürger, von privaten Institutionen, politischen Parteien, Medien und anderen gesellschaftlichen Kräften nicht. Die Freiheit der Meinungsäusserung bleibt unangetastet, wie sehr auch Emotionen und persönliche politische Präferenzen mitgehen. Nur der Bundesrat ist an sachbezogene verfassungsrechtliche Pflichten gebunden und muss sich stets neutralitätspolitisch korrekt verhalten. Die Motive seines Handelns dürfen weder auf persönliche Empfindungen noch auf individuelle Ideologien zurückgehen.

#### Weder Größenwahn noch orientierungslosen Aktivismus

Die Neutralität hat neben der rechtlichen und der rationalen auch eine emotionale Komponente. Sie ist auch Ausdruck eines tiefen Empfindens unserer politischen Kleinstaatlichkeit und des Wissens, dass die Schweiz nie zu den Kolonialmächten gehört hat. Neutralitätspolitisches Denken schätzt die eigene Staatsmacht realistisch ein und erkennt die engen Grenzen der eigenen Einflussmöglichkeiten.

Die Neutralität bewahrt uns vor gefährlichem Größenwahn und orientierungslosem Aktivismus. Auch heute noch gilt, dass die Schweiz immer dann in Schwierigkeiten geraten ist, wenn sie sich international überschätzt hat.

Die Neutralitätspolitik dient unserem Volk und leistet einen Beitrag an den internationalen Frieden. Sie wird heute international anerkannt und geschätzt; dies allerdings nur dann, wenn sie berechenbar und glaubwürdig ist. Die Neutralität ist ein verbindlicher Leitgedanke, aber kein politisches «Rezeptbuch» mit praktischen Anweisungen für den Einzelfall.

*Franz Muheim*

## Ihr Inserat in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.  
Jederzeit und unkompliziert.

### Markus Rezzonico

Inserate-Akquise  
SVP-Delegierter  
AUNS-Mitglied  
Pro Libertate-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61  
markus.rezzonico@dietschi.ch

## Neutralitäts-Verhörerer



Woker für «unser» gebührenfinanziertes Radio ein «Neutralitäts-Experte». Er präsentiert folgende Weisheiten:

Kein Land dieser Welt befehle der Schweiz, neutral zu sein. Neutralität sei bloss überkommener Mythos, bewundert höchstens von ewiggestrigen SVP-Anhängern. Das wiederholte er innert einer halben Stunde wohl sechsmal. Dass die Schweizerinnen und Schweizer selber – ohne jeden Befehl aus dem Ausland, vielmehr aufgrund erlebter Geschichte – die Neutralität zur aussenpolitischen Staatsmaxime erhoben haben, das sprengt den Horizont des gesprächigen Botschafters. Er empfiehlt uns als Alternative zur Neutralität nebst dem EU-Anschluss die Annäherung mit Beitrittsziel zur Nato. Allerdings unterschlägt der Herr über die Genfer Friedensinstitutionen die Beistandsverpflichtung im Nato-Vertrag.

Weil diese Beistandsverpflichtung junge Schweizerinnen und Schweizer zur Kriegsteilnahme – für fremde Händel – verpflichtet. Wodurch Schweizer Familien erleben müssten, wie Tote, Verkrüppelte, Traumatisierte aus fremden Händeln zurückzunehmen wären. Das verschwieg der Friedensfunktionär. Er zählt darauf, dass – während Junge zur Kriegsteilnahme verpflichtet wären – er selbst sich unter den Cüpli-Schnorrern an Konferenzen und Empfängen tummeln und grosse Worte von sich geben würde. Nur «gewöhnliches Volk» müsste in den Krieg – und ihm selbst erst noch erkleckliches Salär entrichten.

Die Alternative zur Neutralität, zur bewussten aussenpolitischen Zurückhaltung, zu keine Partei unterstützendem Stillesitzen angesichts internationalen Blutvergiessens heisst Krieg. Krieg auf fremden Schlachtfeldern, wo Schweizer Kanonenfutter wären. Einer, der von Solidarität schwafelt, sich selber dabei die Cüpli-Annehmlichkeiten reserviert, anderen aber Tod und Verderben zumutet, der disqualifiziert sich als Direktor eines Schweizer Friedensinstituts gründlich. Als Ratgeber in Sachen Neutralität ist er vollends untauglich.

*Ulrich Schlüer*

Spalte  
rechts

# STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

## Filmgesetz

Dass man jedoch glaubt, so ein Gesetz nötig zu haben, bedeutet nicht nur, dass man dem eigenen kreativen Potenzial keinen Erfolg zutraut. Es bedeutet auch: So wie das klassische Erziehungsfernsehen à la DDR nur unter Ausschluss besserer Alternativen den Leuten aufgenötigt werden konnte, so hat auch in der Schweiz ein politisch erwünschtes Film- und Fernsehchaffen offensichtlich nur dann eine Chance, überhaupt produziert zu werden, wenn man per Gesetz die Konkurrenz benachteiligt. Auf dem freien Markt mit freien Konsumenten funktioniert das nicht. Niemand fährt einen Trabi, wenn er Audi oder BMW fahren kann.

(Giuseppe Gracia, Newsletter, 27.04.2022)

## Shanghai-Lockdown

Andere Beobachter versuchen eine wirtschaftliche Erklärung: Durch den Lockdown in Shanghai, der Hafen ist der grösste der Welt, wird vor allem die westliche Wirtschaft unter Druck gesetzt. Dafür spricht auch, dass man sich im Westen weniger um die Menschenrechtsverletzungen besorgt zeigt, sondern um die «Weltwirtschaft». Dieser wird nun mit der Blockade von Shanghai weiter zugesezt.

Dass man sich bereits in einem eskalierten Wirtschaftskrieg zwischen West und Ost befindet, meint etwa auch Michael Hudson in seiner Analyse «Der Dollar verschlingt den Euro». Logische Frage wäre demnach: Will China dem Westen zeigen, dass es Versorgungsketten von einem Tag auf den anderen abdrehen kann?

(Marco Caimi, Standpunkte aus dem Backstage 166, 23.04.2022)

## Der Kalte Krieg

Der Kalte Krieg, den die Schweiz gegen die EU führe, müsse ein Ende haben, schreibt der Politchef und Leiter der Bundeshausredaktion der «SonntagsZeitung» in seinem eigenen Kommentar zum Krieg in der Ukraine. Denn auch ein europäisches Land sei Freiwild für Despoten, «solange es nicht politisch und militärisch zur Europäischen Gemeinschaft gehört.» Wir müssten,

## Ausverkauf

Mitte-Präsident Gerhard Pfister will Munition und Waffen an Kriegsparteien liefern. Noch im September 2021 schränkte «Die Mitte» zusammen mit den Linken den Export von Kriegsmaterial ein. Auch Pfister persönlich stimmte dafür, dass die Schweiz kein Kriegsmaterial in Länder liefert, die «in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt» sind. Aber was kümmert die ehemalige CVP ihr Geschwätz von gestern ...

(NR Peter Keller, SVP-Editorial, 02.05.2022)

so der Kommentar, sofort die institutionelle Bindung übernehmen, also die EU zum Gesetzgeber und Richter in der Schweiz machen. Alles andere sei Kalter Krieg mit der EU.

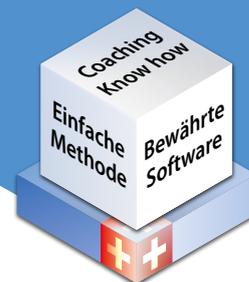
Offenbar hat man bei der SonntagsZeitung keine Vorstellung mehr, was der Kalte Krieg von 1945 bis 1989 war: Ein Eiserner Vorhang zwischen Ost und West, eine Mauer mit Schiessbefehl mitten durch Berlin, gegenseitige Kriegsdrohungen, ein atomares Wettrüsten, die Hunger-Blockade von Berlin, Krieg in Korea, Vietnam und Afghanistan.

1962 in der Kuba-Krise, als die Sowjetunion in Kuba unter dem Kommunisten Fidel Castro Raketen gegen die USA aufstellen wollte, musste Präsident John F. Kennedy mit einem atomaren Gegenschlag drohen – und es wäre um ein Haar zum Dritten Weltkrieg gekommen.

Diesen Kalten Krieg setzt die «SonntagsZeitung» mit dem Verhältnis der Schweiz zur EU gleich. Absurder geht es nicht mehr!

(NR Thomas Matter, In den Sümpfen von Bern, Episode 185, 27.04.2022)

## Werden Sie Unternehmer in unserem Netzwerk!



Wir suchen Persönlichkeiten, die sich eine eigene Existenz aufbauen wollen und ihre verkäuferischen und beratenden Fähigkeiten als selbständiger **Managementberater** einsetzen möchten.

Spielen Sie mit in unserer Erfolgsgeschichte! Detaillierte Informationen finden Sie unter [www.fee-consult.ch](http://www.fee-consult.ch).



**FEE-Consult AG**  
Paul N. Burch  
Trottenackerstrasse 4  
8102 Oberengstringen  
Tel. +41 44 751 80 20  
buero.p@fee-consult.ch



Schweizer Mini-RAF

# Terror in der Schweiz

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Die RAF, die «erfolgreichste» linke Terrororganisation der Welt, hatte einen Ableger in der Schweiz. Und viele linke Sympathisanten. Bis heute?



Die Rote-Armee-Fraktion (RAF), eine linke terroristische Vereinigung, hält seit 1970 mit einer Reihe von Entführungen, Erpressungen und Morden Deutschland im Ausnahmezustand. Die «antikapitalistische» Gewalt begeistert wohlstandverwöhnte Studenten und linke Intellektuelle. Auch in der Schweiz gibt es zu der Zeit RAF-Helfer. So verfügt die teutonische Terrorgruppe im Jura über eine Rückzugsbasis mit ein paar Genossen. Es kommt zu Schiessereien und einer Reihe von rätselhaften Todesfällen.

## Schweizer RAF

Und in Zürich gibt es die Gruppe «Bändlistrasse», die sich als «Schweizer RAF» bezeichnet. Die Schweizer Terroristen leben zu sechst in einer WG und unterstützen Mitglieder der RAF, wenn diese sich in der Schweiz aufhalten. Die Gruppe ist nicht sehr professionell, auch wenn man sich bemüht, den deutschen «Vorbildern» nachzueifern: Wie die RAF lebt man in der Wohnung auf Matratzen am Boden und rast abends in gestohlenen Autos durch die Stadt. Einbrüche, die Plünderung von Munitionslagern der Armee und Waffendiebstähle versorgen die Gruppe mit allem, was man so als Schweizer Terrorist braucht. Und man stellt Sprengstoff sowie Drogen her.

## Tagi-Journalist mittendrin

Die Gruppe fliegt auf, als sich ein WG-Bewohner im Drogenrausch aus dem Fenster stürzt. Nun wird man im nahen Deutschland auf die «Mini-RAF» aufmerksam. Der Kopf der Bändli-Bande wird zu den Anführern der deutschen Terrorszene, zu Gudrun Ensslin und Andreas Baader, eingeladen. Immer mit dabei ist der Journalist und Politaktivist Rolf Thut, der – wenn er nicht gerade zu den Terrorpäpsten pilgert – für den Tages-Anzeiger schreibt. Baader ist vom RAF-Ableger in der Eidgenossenschaft begeistert. Die Ermittlungen ergeben später, dass eine stattliche Gruppe von rund 35 Schweizern Vorbereitungen zu terroristischen Handlungen getroffen hat.

## Tim-und-Struppi-Tollpatsche?

Die linksextreme Gewalt wird auch damals kleingeredet – und heute vom linksliberalen Mainstream schöngefärbt. Ein Beispiel ist der Ende April im Tages-Anzeiger erschienene grosse Artikel über die «legendäre Gruppe Bändlistrasse», über welche ein Journalist ein Buch

geschrieben hat. Dieser Journalist schreibt zwar gerne kritisch, etwa über Roger Köppel. Über die «Gruppe», wie er die Terroristen konsequent nennt, kritisch zu schreiben, fällt ihm hingegen deutlich schwerer. Die Schweizer Terroristen wirken bei ihm wie liebenswerte Tim-und-Struppi-Tollpatsche, die wegen Drogenproblemen kaum etwas zustande brachten. Dabei besaßen sie mehr Waffen als jede grössere Polizeidienststelle.



Waffenarsenal in der Bändlistrasse, Foto Schweizerisches Bundesarchiv

## Verniedlichung

Und der Tagi-Journalist wirbt für Verständnis, schliesslich habe «nur tausend Kilometer von Zürich entfernt in Spanien ein faschistisches Regime» existiert. Als ob das ein Grund wäre, in der Schweiz Mordanschläge zu planen. Auch von offenbar rechtfertigender «staatlicher Repression» ist die Rede, weil es im zwinglianischen Zürich verboten gewesen sei, sich im Park auf die Wiese zu setzen. Überhaupt: Die schwierige Heimkindheit, die «kapitalistischen Anpassungslager», der triste Alltag, die «Wut aufs System»! Ein Musterbeispiel, wie man Terrorismus medial verniedlicht.

Hermann Lei

## Churz & Bündig

Die Stadt Luzern veranstaltet ein Stadtfest. Zugang hat aber nur, wer für alles, was Kosten verursacht (Konsumation, Chilbi-Billet usw.), per Kreditkarte zahlt. Bargeld ist nicht zugelassen – obwohl jedem Schweizer gesetzlich zugesichert ist, in der Schweiz jede Dienstleistung oder Ware mit Bargeld bezahlen zu können. Fühlen sich Luzerns Feste organisierende Spitzenfunktionäre bereits ausser Landes?

us

## Leserbriefe

### Die Welt wird nicht untergehen

Zumindest bis im Herbst wird jetzt niemand mehr von Corona reden. Jetzt ist der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine zentrales Thema, und das Klima wird auch bald wieder eine Drohkulisse sein, die für weitere Schwächungen unserer westlichen Länder erhalten muss. Und unsere Politiker scheinen kopflos und ohne Plan den anderen hinterher zu laufen. Ich bin froh, dass jeder einzelne von ihnen spätestens nach seinem Tod



Rechenschaft ablegen muss! Und Gott sei Dank muss die Welt nicht auf eine Rettung durch die Politik hoffen. Denn dann wäre sie hoffnungslos verloren. Der Schöpfer lässt die Menschen zwar immer eine Weile machen, aber er wird nicht zulassen, dass sie seine Schöpfung zerstören.

*Konrad Rüegg, Ebnat-Kappel SG*

### Kluft zwischen der Schweiz und der EU

Hinter der weiter bestehenden Kluft zwischen der Schweiz und der EU liegt ein Grundwiderspruch: Die Schweiz will Freihandel mit der EU. Das liesse sich durch gegenseitige Anerkennung von Normen einfach bewerkstelligen. Für Brüssel ist der Binnenmarkt aber nicht nur Wirtschaftsraum, sondern auch ein Mittel zum Zweck, die politische Einigung bzw. Gleichschaltung Europas voranzutreiben. Darum verlangt sie von der Schweiz die Übernahme ihres Rechts, statt einfach das schweizerische anzuerkennen.

*Alex Schneider, Küttigen AG*

### Wertvoller Schweizerzeit-Büchertisch

Der Büchertisch der Schweizerzeit empfiehlt immer wieder spannende Bücher, sogar mit Schweizerzeit-Rabatten. So neu auch «Die Macht der Clans» über arabische, türkische und russische Verbrecherclans. Anlässlich eines Besuchs an der Führungsschule der Deutschen Bundeswehr wollte die damalige Verteidigungsministerin von der Leyen den künftigen Führungskräften weismachen, dass die Sicherheit Deutschlands am Hindukusch verteidigt werden müsse. Ich gestattete mir dazu als Schweizer Oberst den Einwand, Afghanistan sei für die Nato und Deutschland – wie einst für die Engländer und die Russen – niemals zu befrieden. Für den deutschen Steuerzahler werde ein Milliardenverlust resultieren und für die Moral der Bundeswehr ein Tiefschlag. Die Sicherheit der deutschen Bevölkerung müsse in den Grosstädten

verteidigt werden, wo «dank» der Masseneinwanderung arabische, libanesische, russische und türkische organisierte Verbrecherclans Terror ausübten und in die deutsche Wirtschaft und Immobilien investierten. Keiner der deutschen Offiziere hatte den Mut, sich zu exponieren. Auch hierzulande fehlen mutige Offiziere mit Rückgrat, welche die Missstände «im eigenen Hause» kritisieren – zum Beispiel die verfehlte, neutralitätswidrige Annäherung an die Nato.

*Roger E. Schärer, Trin Mulin GR*

### «Die letzte Generation»

Kürzlich sorgten Demonstranten mit einer Sitzblockade vor dem österreichischen Wirtschaftsministerium in Wien für einen Polizeieinsatz. Sie schütteten altes Brot aus, und ein Transparent warnte, «die letzte Generation» sei nun angebrochen. Diese Endzeithysterie erinnert an Nestroy und den Lumpazivagabundus von 1833. Mit einer verbalen Aggressivität sondergleichen waren zudem kurz zuvor die Referenten einer Veranstaltung über einen Tunnelbau (Lobautunnel) von Anhängern der «Friday-for-future-Bewegung» und der Besetzerszene verbal richtiggehend «zusammengeschossen» worden. Das Ganze eskalierte völlig und in einer radikalen, exzessiven Tonart, als ginge es um Leben und Tod. Klimawandel, «letzte Generation» – und das zeitgleich mit dem furchtbaren Krieg in der Ukraine. So ist ein sinnvolles Miteinander schwer vorstellbar.

*Helwig Leibinger, Wien*

### Nato-Beitritt?

Laut einer neuen Umfrage sind über 50 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer «für oder eher für» einen Nato-Beitritt. Ist den Befürwortern bewusst, dass dies heissen würde, dass Schweizer Soldaten im Ausland kämpfen müssten, wenn zwei oder mehrere Staaten miteinander Krieg führen? Ist ihnen bewusst, dass nicht nur Russland eine Gefahr darstellen könnte, sondern auch Staaten, die wir heute gar noch nicht auf dem «Radar» haben – auch innerhalb des Nato-Bündnisses? Dass alles möglich ist, zeigt uns die Geschichte. Es wurde dargelegt, dass die Nato «nur» eine Verteidigungsarmee sei. Was wurde zum Beispiel im Irak verteidigt? 1812 musste die Schweiz für Napoleon 12'000 Soldaten stellen, für einen unsinnigen Russlandfeldzug. Beim Rückzug an der Beresina (heute

## Kopierpapier

- zum gleichen Preis wie beim Superdiscounter Brack
- portofreie Lieferung
- zusätzlich Mengenrabatt 5-15%

## Angebot verlangen

OCoTex AG – 041 799 50 00



## Pontifex und Potentat – wer schont wen?



Der Machthaber im Kreml will zurück in jene Zeitphase der Weltordnung, als die Sowjetunion mit den grossen Staatsmächten, wirtschaftlich wie militärisch, noch auf Augenhöhe stand. Mit seinem Ukraine-Angriff lanciert Putin einen «Krieg der Vergangenheit gegen die Zukunft», wie die schweizerische «Vereinigung für Militärgeschichte» (SVMM) vermerkt. Als Folge des Vernichtungskriegs gegen die Ukraine erreicht Putin zumindest ein Teilziel: Die Führungsriege der westlichen Welt mit USA und EU entsenden quasi im Stundentakt ihre staatlichen Repräsentanten in den Kreml – ein Canossa Gang.

Einer aus der «Gilde der Moskau-Pilger» agiert aber befremdlich: Papst Franziskus zeigt zum Massenmord in der Ukraine irritierendes Distanzbemühen. Der Pontifex beschränkt sich, einsehbar für die Weltöffentlichkeit, in päpstlicher Interaktion weitgehend auf martialische Appelle und auf das Entsenden von Kardinälen – bei Putin so nutzlos wie Tränen im Regen! In ähnlicher Weise handelte die katholische Kirche unter Papst Pius XII., als Nazi-Deutschland in Europa wütete. Warum verschont der heutige Papst in Rom den Potentaten in Moskau vor Kritik? Ist er ein «Putin-Versteher»?

Coram publico dazu befragt, antwortet Papst Franziskus in Argumentation und Terminologie wie weiland Pius XII. Wie Schweizerzeit-Redaktor Hans Fehr schon 2016 in sei-

nem Essay «Das Schweigen des Papstes» betonte, agierte der damalige Papst in identischer Argumentation zum heutigen: Päpstliche Kritik könnte die Kriegsherren zu «noch schärferen Massnahmen» verleiten. Also nichts tun und zusehen.

Dazu fragt Hans Fehr in der Gegenlogik: «Welche «noch schärferen Massnahmen» befürchtete Pius XII. in Anbetracht des grössten Massenmords der Geschichte?» Wenn nun also Papst Franziskus in seiner «Schonhaltung» gegenüber Putin-Russland ebenso argumentiert, so muss ich bemerken: Natürlich gibt es unter Putin keinen direkten millionenfachen Massenmord wie bei Hitler. Aber allzu weit davon ist Putin mit seinem brutalen Vernichtungskrieg ohne Rücksicht auf zivile Opfer nicht mehr entfernt – es sei denn, Putin setzt auch noch Atomwaffen ein.

Ergänzend meint Hans Fehr im Text 2016: «Was wäre geschehen, wenn Papst Pius XII. mit seiner Autorität als Oberhaupt der Katholischen Kirche öffentlich gegenüber dem Holocaust protestiert hätte, wenn er seinen Protest nach Berlin und gar nach Auschwitz getragen hätte? Wir wissen es nicht. Aber Pius XII., als Stellvertreter Christi auf Erden, hätte die grosse mutige Tat wagen müssen. Christus hätte sie gewagt!» So wie Jesus von Nazareth die Händler aus dem Tempel vertrieb. Doch das ist 2'000 Jahre her, und solcher Mut scheint heute verfliegen.

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

Belarus) kamen unzählige Schweizer Soldaten ums Leben für fremde Interessen. Ist es wirklich das, was wir wollen?

Andreas Ungricht, Basel

### Hat die Schweiz ihre Wurzeln vergessen?

1939–1945 hat unsere Neutralität alle Phasen durchlebt. Voraussetzungen waren die allgemeine Wehrpflicht und die Überzeugung «Lieber den Tod als in der Nazi-Knechtschaft leben». 1940 erwartete man einen Blitzkrieg – ähnlich wie in der Ukraine. Unsere Armee war schlecht vorbereitet. Nördlich der Limmat wohnend, erhielten wir den Marsch-

befehl – und es ging zu Fuss Richtung Süden. Erst nach dem Krieg habe ich erfahren: General Guisan hat unsere Artillerie so in Stellung bringen lassen, dass sich kein Schuss über den Rhein hätte verirren können. Somit hätte es keinen Grund gegeben, uns als Aggressor hinzustellen. Als die Schweiz total umzingelt war, folgten der Rütli-Rapport und das Reduit. Die Frauen blieben auf den Höfen und in den Betrieben, zum Teil unterstützt von polnischen Internierten. Die bewaffnete Neutralität war wesentlich, dass wir die Schrecken des Krieges nicht erleben mussten.

Peter Baumgartner, Langenthal BE

GOAL GLOSSAR

Kontinuität

**Kontinuität**

<lat.> continuitas –

«ununterbrochene Fortdauer»

Damit eine Botschaft Erfolg bringt, darf nicht von ihr abgewichen werden. Denn Beständigkeit ist ein Prinzip des Erfolges. Deshalb raten wir unseren Kunden: Bleiben Sie Ihrer Botschaft treu! Denn nur ununterbrochenes Fortbestehen einer Botschaft bringt den Erfolg.

Wir freuen uns auf Sie!  
Alexander Segert, Geschäftsführer  
Tel. 043 499 24 00  
info@goal.ch, www.goal.ch

**GOAL**

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

Liebe Schweizerzeit-Leserinnen und -Leser

# Helfen Sie mit, Kinderleben zu retten

Eidgenössische Volksinitiative

## Einmal darüber schlafen

Für einen Tag Bedenkzeit vor jeder Abtreibung

Eidgenössische Volksinitiative

## Lebensfähige Babys retten

Für den Schutz von ausserhalb des Mutterleibes lebensfähigen Babys

**Jetzt unterschreiben!**

**Eine Abtreibung ist kein belangloser Entscheid. Deshalb soll mindestens ein Tag Bedenkzeit zur Regel werden.**



«Bei jedem wichtigen Entscheid im Leben macht es Sinn, einmal darüber zu schlafen. Hier erst recht.»  
**Andrea Geissbühler**, Nationalrätin Kanton Bern



«Mit einem Tag Bedenkzeit können zahlreiche Babys in der Schweiz gerettet werden. Das muss es uns wert sein.»  
**Maria-Rita Marty**, Kantonsrätin Kanton Zürich



«Ein Tag Bedenkzeit schützt Frauen vor überstürzten Abtreibungen unter Druck und Stress.»  
**Tabitha Bender**, Sekundarlehrerin, Basel



«Ohne Bedenkzeit kann der gesetzliche Hinweis auf Beratungs- und Hilfsangebote kaum wahrgenommen werden.»  
**Therese Schläpfer**, Nationalrätin Kanton Zürich



«Eine Bedenkzeit ist kein Novum. 18 europäische Staaten kennen bereits eine Bedenkzeit.»  
**Alois Gmür**, Nationalrat Kanton Schwyz



Weitere Informationen mit QR-Code:  
[einmal-darueber-schlafen-initiative.ch](https://einmal-darueber-schlafen-initiative.ch)



«Ausserhalb des Mutterleibes lebensfähige Babys sollen wie Frühgeburten mit einem absoluten Recht auf Leben behandelt werden.»  
**Yvette Estermann**, Nationalrätin Kanton Luzern



«Fortschritte in der Medizin ermöglichen, dass auch Frühgeburten hohe Überlebenschancen haben. Das sollten wir nutzen.»  
**Erich von Siebenthal**, Nationalrat Kanton Bern



«Auch behinderte Babys haben ein Recht auf Leben.»  
**Maria-Rita Marty**, Kantonsrätin Kanton Zürich



«Ausserhalb des Mutterleibes lebensfähige Babys sollen gerettet werden, auch weil viele Eltern auf eine Adoption warten.»  
**Andreas Gafner**, Nationalrat Kanton Bern



«Spätabtreibungen sind auch für die betroffenen Ärzte ein unzumutbarer Horror.»  
**Floriane Mabillard**, Rechtsanwältin und Notarin, Wallis



Weitere Informationen mit QR-Code:  
[lebensfaehige-babys-retten-initiative.ch](https://lebensfaehige-babys-retten-initiative.ch)

Team Freiheit erreicht 260'000 Interessenten

# Bürgerliche Jungpolitiker im Aufbruch

Die Schweizerzeit im Gespräch mit Leroy Bächtold

Unter Jungpolitikern bürgerlich-freiheitlicher Ausrichtung macht sich Unwille breit: Die bürgerlichen Ideen bräuchten mehr Schub! So denken und sprechen bürgerliche Jungpolitiker, denen die abnehmende Mobilisierung bei den Bürgerlichen problematisch erscheint.



Aus dieser sich verbreitenden Sorge sind mehrere Bewegungen entstanden – teilweise bloss zu einzelnen Anliegen, teilweise aber auch auf Dauer ausgerichtet. Zur zweiten Kategorie gehört das «Team Freiheit», präsiert von Leroy Bächtold.

## FDP-Vergangenheit

Leroy Bächtolds persönliche FDP-Erfahrungen illustrieren, woran viele bürgerliche Jungpolitiker zusehends Anstoss nehmen. Leroy Bächtold – beredt, vielseitig gebildet, freiheitlichen Idealen verpflichtet – erregte mit seinen Grundsätzen für liberale Politik den Unwillen alteingesessener FDP-Granden in der Kreispartei der Stadtquartiere Zürich 7 und 8. Der Jung-FDPLer kritisierte, dass sich die eigentlich liberalen Ideen verpflichtete FDP inhaltlich in der Vergangenheit öfters verrannte und – um dem Zeitgeist zu gefallen – von der freiheitlichen Ideallinie abgewichen ist, wie beim CO<sub>2</sub>-Gesetz oder bei identitätspolitischen Fragen innerhalb der Partei.

Leroy Bächtolds Kritik und seine Forderung, liberale Ideale in konkreten Taten und Positionsbezügen sichtbar werden zu lassen, führte dazu, dass er – von den Parteimitgliedern als Kandidat für den Zürcher Gemeinderat nominiert – auf der Wahlliste nach hinten gleichsam «strafversetzt» wurde. Eine Massregelung, die Leroy Bächtold nach geführten Diskussionen zur öffentlichen Kritik bewog, was die FDP mit dem Ausschluss von der Wahlliste quittierte und zum Austritt von Leroy Bächtold aus der Kreispartei führte. Der Zwist scheint mittlerweile beigelegt, und statt parteipolitischen Ehren werden nun sachpolitische Erfolge angestrebt.

## «Team Freiheit» als nächstes Projekt

Tatkräftig setzte sich Leroy Bächtold im und für das entstehende «Team Freiheit» ein. Dort fanden und finden sich bürgerliche Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker der Freisinnigen und der SVP, die ihre Ziele und Taten in den sozialen Medien zu präsentieren verstehen – mit dem erklärten Ziel vor Augen, freiheitliche Ideale auch in freiheitliche Taten münden zu lassen.

Das «Team Freiheit» erwies sich in der Nutzung sozialer Medien für politische Kämpfe rasch als wahrhaft kompetent. Sein Newsletter erreicht heute nicht weniger als 260'000 Interessenten. Diese lieferten in erheblicher Zahl Unterschriften (zumeist über zehntausend) für die Referenden gegen die Zürcher City Card, gegen die staatliche Mediensubventionierung und gegen die interventionistische Lex Netflix, die Kinobesuchern erkleckliche Tribute abverlangen will zugunsten am Publikum meilenweit vorbeiproduzierender, linker Ideologie verfallener Filmschaffender. Und derzeit bereitet sich das «Team Freiheit» darauf vor, auch für die unmittelbar vor der Lancierung stehende Initiative «200 Franken sind genug» eine fünfstellige Unterschriftenzahl im oberen Bereich für eine markante Senkung der Zwangsabgaben für die SRG-Sender zu liefern.

## Schlanke Strukturen

Das «Team Freiheit», präsiert von Leroy Bächtold, arbeitet mit bemerkenswert schlanken Strukturen: Ein politischer Ausschuss entscheidet, welche Anliegen unterstützt oder eigenständig lanciert werden. In diesem Ausschuss sind Mitglieder der Jungparteien von FDP und SVP prominent vertreten. Resultiert aus Beratungen Zustimmung für ein Anliegen, dann tritt das «Team Freiheit» in Aktion und mobilisiert alle von ihm erreichbaren Persönlichkeiten für das von ihm mitgetragene oder lancierte Vorhaben. Die digitalen Möglichkeiten modernster Informationsverbreitung virtuos nutzend, lösen die vom «Team Freiheit» lancierten Anliegen bei Internet-Nutzern rasch breitestes Echo aus – und damit auch nachdrückliche Unterstützung.

Das «Team Freiheit» ist noch jung. Aber es ist tatenhungrig und versteht es, seine Anliegen innert kurzer Zeit breiten Schichten der Bevölkerung, insbesondere jungen, politisch interessierten Mitbürgerinnen und Mitbürgern, zukommen zu lassen. Man dürfte in naher und mittlerer Zukunft vom «Team Freiheit» viel zu hören und zu sehen bekommen. Es erscheint nicht als ausgeschlossen, dass sich das «Team Freiheit» zu einer Art Jungbrunnen für bürgerliche Anliegen zu entwickeln versteht. us



**ZANETTI**  
CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08  
Telefax 081 844 10 20  
Mail: [info@zanettispecialita.ch](mailto:info@zanettispecialita.ch)  
[www.zanettispecialita.ch](http://www.zanettispecialita.ch)

**Filiale Bahnhof Chur**  
(nur 1 Minute vom  
Billettschalter entfernt)  
Telefon 081 253 60 60

## Sind Patrioten Nazis?



Putin hat seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine schon mehrfach damit «begründet», es gehe ihm darum, das Land von den Nazis zu befreien, die dort das Sagen hätten. Kürzlich verkündete sein Aussenminister Lawrow denselben Unsinn. Noch zu meiner Zeit als Kommandant des Gebirgsarmeeekorps war ich 1999 mit meinen Divisionären und Brigadiers eine Woche lang Gast der ukrainischen Armee. Nachstehend in Kürze ein paar gebliebene Eindrücke.

Die Ukrainer waren (und sind) sehr stolz auf ihre Unabhängigkeit von Russland, auch wenn die Kriegsveteranen aus dem Zweiten Weltkrieg noch immer russische Uniformen trugen und mit russischen Ehrenmedaillen auftraten. Die Ukrainer waren sehr stolz, im Kampf gegen Hitlers Nazi-Armee mitgekämpft zu haben. Und nun sollen sie selber Nazis ein?

Schon bei unserem Besuch vor über zwanzig Jahren spürte man eine gewisse Angst vor den Russen – u.a. wegen der Krim. Die Schwarzmeerküste sah aus wie die Côte d'Azur, ein Luxushotel neben dem anderen. Die Krim war das Ferienparadies der sowjetischen Magnaten. So erhielt die Krim-Bevölkerung ein russisches Übergewicht. Bei der Auflösung der Sowjetunion verlangten die 65 Prozent Russen auf der Krim vorerst eine autonome Republik Krim. Später stimmten sie dann aber mit 54 Prozent dem Anschluss an die Ukraine zu.

Ein weiterer kritischer Punkt war der Schwarzmeerhafen Sewastopol. Russland hatte verlangt, dass dieser Hafen unter russischer Verwaltung als Enklave bleiben müsse – so quasi ein Gibraltar für die russische Schwarzmeer-Kriegsflotte. Zu ihrem Schutz durfte Russland eine ganze Panzerdivision auf ukrainischem Territorium einsetzen. Bei unserem Besuch war klar: Nur die Russen hatten das Sagen, und wir wurden von ihnen sehr misstrauisch kontrolliert. Man spürte das grosse Unbehagen des ukrainischen Militärs und der Bevölkerung. Und dies mit Recht: Putin setzte

bei seiner Blitz-Besetzung der Krim diese Panzertruppen ein, ohne russische Abzeichen auf den Uniformen. Die freie Welt liess sich damals überrumpeln und reagierte nicht. Putin nahm wohl an, ein Einmarsch in die Ukraine werde ebenso problemlos verlaufen wie die Besetzung der Krim.

Und schliesslich hörten wir immer wieder, der Osten der Ukraine sei ein Problemgebiet, weil es dort wegen der Schwerindustrie viele Russen gebe. Und in der Tat: Russland provozierte in den Ostprovinzen einen Bürgerkrieg, und die russische Armee unterstützte während Jahren die Separatisten.

Mein abschliessender Eindruck: Die überwiegende Mehrheit des ukrainischen Volkes war und ist sehr stolz, unabhängig zu sein. Man spürte einen echten Patriotismus, der heute im Verteidigungswillen seinen Ausdruck findet. Von Nazitum keine Rede. Oder wenn schon, dann in Russland.

*Simon Küchler, Korpskommandant aD, Steinen SZ*

### «Es sagte» ... Wettbewerb **LÖSUNG!**

Von welcher Persönlichkeit stammt die folgende Aussage?

**<<DIPLOMATIE OHNE ARMEE IST WIE EIN ORCHESTER OHNE INSTRUMENTE.>>**

Diese Aussage stammt von:

- A Napoleon Bonaparte
- B Friedrich dem Grossen
- C Winston Churchill
- D Wladimir Putin

Die richtige Lösung lautet:

- B Friedrich der Grosse

Der ausgeloste Gewinner/die Gewinnerin wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde (Nachtessen für zwei Personen mit dem «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schlier) eingeladen.



# NEIN

## zur Organentnahme ohne Zustimmung!

Die Widerspruchsregelung ist unethisch und ein weiterer Schritt, den Menschen auf Materie zu reduzieren! **>>>**

Volksabstimmung vom  
**15. Mai 2022**

[www.edu-schweiz.ch](http://www.edu-schweiz.ch)

**EDU+UDF**  
Eidgenössisch-Demokratische Union



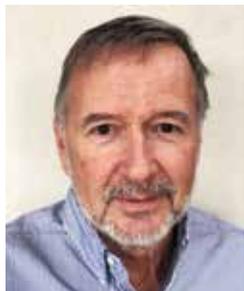
**Daniel Frischknecht**  
Präsident EDU Schweiz

Die grosse Gefahr

# Schleichende Islamisierung in Europa

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Vor einigen Jahren hat die deutsche Bundeszentrale für politische Bildung ein Pamphlet veröffentlicht, in welchem die Angst der deutschen Bürger vor einer schleichenden Islamisierung in das Reich der Verschwörungstheorie verbannt wurde.



Sämtliche Warnungen und Bedenken wurden mit einem Federstrich als unbegründet abgetan. Und man zog damals den Schluss, dass an den verbreiteten Thesen nichts Substanzielles übrig bleibe. Doofe «Flacherdler» eben.

## Bedrohliche Ausmasse

Wer die Lage heute im Jahr 2022 nüchtern betrachtet, wird sehr schnell eines Besseren belehrt. In vielen deutschen Grossstädten – und rasant zunehmend auch in Schweden – hat die Clan-Kriminalität bedrohliche Ausmasse angenommen. Das Bundeskriminalamt geht deutschlandweit von rund 200'000 Clan-Mitgliedern aus. Die Täter stammen durchwegs aus dem arabischen, primär patriarchalischen Kulturkreis und leben völlig abgeschottet in ihrer eigenen Subkultur. Kriminelle Tätigkeitsfelder sind Drogenhandel, Prostitution, Schutzgelderpressung und schwere Eigentumsdelikte.

Die Polizei, die Strafverfolgungsbehörden sowie die Gerichtsbarkeit des Gastlandes sind für diese Leute zweitrangig, was sich durch die Schaffung einer sogenannten Paralleljustiz mit islamischen Friedensrichtern bestätigt. Auch Beispiele aus Grossbritannien und Frankreich zeigen, dass in etlichen von islamischen Immigranten bewohnten Gebieten die Scharia über dem britischen bzw. französischen Gesetz steht. Dass «Urteile» durch Scharia-Gerichte in diesem patriarchalischen Milieu mehrheitlich nicht zu Gunsten, sondern zu Lasten der Frauen ausfallen, ist selbstredend.

## Terror durch Clans

Auf Wikipedia lassen sich zwei Journalisten dahingehend zitieren, dass Mitglieder von arabischstämmigen Clans ganze Strassenzüge und die Nachbarschaft terrorisieren und zu einer echten Bedrohung für die Zivilgesellschaft geworden sind. Wer als Nichtmuslim in einem solchen Quartier lebt, muss sich den Migranten anpassen, ansonsten kann dies seine «Gesundheit gefährden». Frauen in sommerlich-lockerer und westlich geprägter Strassenkleidung werden als Schlampen angepöbelt, und wer sich mit dem Tragen einer Kippa als jüdischer Mitbürger outet, kann schon mal körperlich attackiert werden.

Und die SP-Frau Nancy Faeser, deutsche Bundesministerin für Inneres, ortet die innerdeutsche Bedrohung nur bei den Rechtsextremisten und im Bundestag bei der AfD, niemals aber

bei den Chaoten, welche radikal links stehen, die Antifa unterstützen oder zumindest mit deren Mitgliedern politisch und gesellschaftlich flirten. Und schon gar nicht kommt gemäss der Ampelregierung die Ursache von Judenmord von Menschen, die bei der Merkel-Aktion «Wir schaffen das» aus dem arabischen Raum immigriert sind. Über die Schmährufe gegen alles Jüdische bei der antiisraelischen Demonstration palästinensischer, arabischstämmiger Manifestanten am letzten April-Wochenende wurde von vielen Mainstream-Medien kaum berichtet.



Schweden – nicht Mariupol! (zugesandt von Claudius Hirt)

## Auch in Schweden

Und kürzlich kam es in vielen schwedischen Städten zu massiven Krawallen und Sachbeschädigungen durch Menschengruppen, die vor Jahren nach Schweden zuwanderten und zu einem erheblichen Teil direkt an die Futtertröge der Sozialindustrie geführt wurden. Und dies ohne jegliche Verpflichtung, sich zu integrieren und sich zur Verfassung und zum Rechtsstaat zu bekennen.

Die Verhinderung von Parallelgesellschaften muss für jedes Land zentral sein. Auch wir in der Schweiz werden uns in der Zukunft mit diesen Themen vermehrt auseinandersetzen müssen. Überlässt man das Feld der rot-grünen Politik, hat dies für unser Land katastrophale Folgen.

Markus Melzl



## KMU

«Technologieverbote und ideologisch motivierte Subventionsprogramme führen direkt in den Blackout.»

Helfen Sie uns mit, für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung der Schweiz zu kämpfen!

Postkonto 15-654144-0 // IBAN CH12 0900 0000 1565 4144 0

SOS-KMU, Postfach 54, 8416 Flaach

www.sos-kmu.ch // info@sos-kmu.ch

Die Schweizer Armee und der Ukraine-Krieg

# Bedrohungsorientiert planen!

von Ulrich Schlüer, alt Nationalrat, Flaach ZH

Die Schweizer Armee ist in den vergangenen fünfundzwanzig Jahren aufs sträflichste vernachlässigt worden. Der Krieg gegen die Ukraine rüttelt jetzt auf. Das Armeebudget soll demnächst markant erhöht werden.



Die bürgerliche, von der SVP lancierte Forderung verlangt die Erhöhung des jährlichen Militärbudgets von derzeit fünf auf neu sieben Milliarden Franken. Ein zweifellos überfälliger Schritt angesichts der massiven Einbussen, welche die Armee in den vergangenen zwei Dutzend Jahren über sich hat ergehen lassen müssen.

## Planen – aber wie ?

Wie aber ist vorzugehen, damit die Budgeterhöhung eine echte Armeeverbesserung sichert – auf dass unsere Schweizer Armee heutigen und morgigen Bedrohungen gegenüber wieder erfolgversprechend einsatzfähig wird? Man darf mit den zusätzlichen zwei Milliarden nicht einfach einkaufen, was sich derzeit auf dem Waffenmarkt gerade anbietet. Sorgfältige, auf vorhandene Bedrohungen ausgerichtete Armeepanung ist zur Ausgestaltung des Kaufprogramms unverzichtbar.

Wie das vorzunehmen ist, hat der bereits verstorbene Divisionär Hans Bachofner – der beste Strategie in der Schweizer Armee seit dem Zweiten Weltkrieg – seinerzeit den Offizieren der Schweizer Armee immer wieder eindringlich vermittelt.

## Drei kompetente Beratungsorgane

Taugliche Armeepanung der Landesregierung hat sich auf drei personell nicht grosse, aber mit hochkompetenten Fachleuten dotierte Fachausschüsse abzustützen. Diese müssen dem Bundesrat schlüssig vorlegen, wie die Armee auszurüsten, zu bewaffnen und auszubilden ist, auf dass sie den Bedrohungen von heute und

morgen gewachsen ist. Ebenso muss diese Planung die erforderliche Mannschaftsstärke der Armee und ihrer Einheiten festlegen.

Ein erstes Beratungsorgan, mit sicher nicht mehr als zehn kompetenten Fachleuten bestückt, verfolgt täglich, was sich rund um den Erdball sicherheitspolitisch entwickelt. Dieses Organ hat – unabhängig vom Budget – laufend auszuweisen, wie die ideale Armee im Blick auf vorhandene oder zu erwartende Bedrohungen auszugestaltet ist – bezüglich Bewaffnung, Ausrüstung, Ausbildung, Mannschaftsstärke und Einsatzdoktrin. Dieses Beratungsorgan legt dem Bundesrat zu jedem Zeitpunkt das Bild der perfekten, der idealen Armee vor.

Das zweite Beratungsorgan muss im Blick auf alles in Armee und Land bereits Vorhandene, auch auf freigegebene Budgetmittel, den Bundesrat und die Armeespitze beraten, wie vorzugehen ist, welche konkreten Massnahmen zu treffen sind, auf dass die existierende Armee möglichst rasch möglichst nahe ans festgestellte Ideal der modernen, bedrohungsgerechten Armee herangeführt werden kann.

Auf den so erarbeiteten Grundlagen haben Bundesrat und Parlament ihre Entscheidungen zu treffen, auf dass die Armee jederzeit einsatzfähig ist – so wie das von der Bundesverfassung vorgegeben ist.

## Beübung des Bundesrats ist unverzichtbar

Armeepanung darf nie nur rein theoretisch, lediglich auf Studien beruhend, am Schreibtisch vorgenommen werden. Ein drittes Organ hat – völlig unabhängig von den zwei bereits genannten Planungsgremien – höchst



**innova**  
Sicherheitstechnik.com

INNOVA Sicherheitstechnik Schweiz AG  
Lindenhofstrasse 8a  
9630 Wattwil  
**+41 71 988 22 00**  
info@innova-sicherheitstechnik.ch

Krisenvorsorge | Notvorrat | Trinkwasser | Technik



Wir beraten Sie gerne persönlich und diskret!



WWW.INNOVA-SICHERHEITSTECHNIK.CH



Unsere Armee braucht sowohl moderne Waffen als auch hochkompetente Fachaussschüsse.

anspruchsvolle, aus der Weltlage abgeleitete, mit schwierig zu meisternden Überraschungen gespickte Szenarien vorzubereiten, mit denen Bundesrat und Armeespitze – manchmal mit, manchmal ohne eingerückte Mannschaft – regelmässig beübt werden. In solch anspruchsvolle Beübung der Bundesräte werden die Spitzen der Bundesverwaltung sowie Spitzenpersönlichkeiten der sicherheitsrelevanten Konzerne in der Schweiz miteinbezogen.

Die Beübten – Bundesrat, Armee- und Verwaltungsspitze sowie Führungspersönlichkeiten der Wirtschaft – müssen vor allem immer wieder herausgefordert werden, auf völlig überraschende, von niemandem erwartete Entwicklungen und Ereignisse reagieren zu können.

Damit nimmt man nicht vorweg, was an Überraschung irgendeinmal konkret geschehen wird. Aber diejenigen, die im Ernstfall unter schwierigsten Umständen wichtigste Entscheidungen zu treffen haben, werden sorgfältig darin geschult, wie auf von niemandem erwartete Überraschungen situationsgerecht zu reagieren ist.

#### Überraschungen bewältigen, Lehren ziehen

Solches ist keiner Führungsperson von der Vorsehung einfach in den Schoss gelegt worden. Wer Verantwortung trägt, muss sich im Umgang mit unter Umständen monumentalen Überraschungen (man denke an die Zerstörung des World Trade Centers an Nine-Eleven) immer wieder anspruchsvoller Beübung stellen.

Und aus der solchen Übungen folgenden, sorgfältig erarbeiteten Übungsbesprechung sind die Schlussfolgerungen zu ziehen, wie in Ausnahmesituationen zu führen ist, wie die Sicherheitsorgane, insbesondere unsere Armee, auf ausserordentliche Herausforderungen vorzubereiten sind. Auf dass die Schweiz jederzeit auch auf Undenkbares zum Schutz der eigenen Bevölkerung richtig zu reagieren in die Lage versetzt wird.

Ulrich Schlüer

## Wohltönend – aber unbrauchbar

Der «Verein Servicecitoyen.ch» hat kürzlich eine Volksinitiative für einen Bürgerdienst für alle lanciert. Wie immer, wenn man etwas wohltönend verpacken will, wählen die Initianten einen intellektuell angehauchten Ausdruck – hier «service citoyen». Dieser Bürgerdienst würde auch die Frauen verpflichten, einen halbjährigen Dienst zu leisten. Der Verein möchte damit die Bestände in der Armee und im Zivilschutz sicherstellen und zusätzlich das «Engagement aller für die Allgemeinheit» stärken. Zu diesem Zweck sollen Frauen und Männer neben Militär und Zivilschutz auch in der Feuerwehr, in Vereinen, in Heimen, Spitälern und im Umweltbereich eingesetzt werden – und dies in freier Wahl.

Damit ist klar: Diese Idee gehört in den Papierkorb. Denn sie würde neben einer gewaltigen Bürokratie, enormen Kosten und weiteren Ungereimtheiten exakt ihr angebliches Hauptziel – nämlich ausreichende Armee- und Zivilschutzbestände zu sichern – meilenweit verfehlen: Noch viel mehr junge Männer würden den Weg des geringsten Widerstandes wählen, der Armee fernbleiben und in «bequemere» Bereiche abwandern.

Es muss – gerade im Hinblick auf den grauenhaften Angriffs- und Vernichtungskrieg Putins gegen die Ukraine – darum gehen, unsere Sicherheit im Rahmen der integralen, bewaffneten Neutralität zu gewährleisten und unserer Milizarmee wieder die nötigen personellen und materiellen Mittel zu geben. Zu diesem Zweck muss der Verfassungsbestimmung «Jeder Schweizer ist verpflichtet, Militärdienst zu leisten» (Art. 59) wieder Nachachtung verschafft werden.

Konkret: Der zivile Ersatzdienst darf nicht mehr in Jekami-Manier frei gewählt werden, er darf nur noch in begründeten Ausnahmefällen in Frage kommen. Bundesrat und Parlament stehen in der Pflicht, endlich Nägel mit Köpfen zu machen.

Hans Fehr

## Churz & Bündig

Seit bald einem Monat greifen türkische Kampfflugzeuge und Panzer unablässig auf dem Gebiet eines anderen Staates – Irak – Kurden an: Tote, Verletzte, Elend und Schäden hinterlassend. Von hiesigen Medien – Tagesschau, Radio, Tageszeitungen – verlautet dazu rein gar nichts. Völkerrechtsverletzung wird offensichtlich nur dann kritisiert, wenn dem Kritisierten die Migranteninvasions-Waffe nicht zur Verfügung steht.

us

Bundesrat und Nationalbank (SNB) «verscherzen» 100 Milliarden Franken

# Die Besserwisser der SNB

von Hans Kaufmann, ehem. Nationalrat SVP, Wettswil am Albis, ZH

Am 30. November 2014, am Tage, als das Schweizer Volk über die «Gold-Initiative» abstimmte, lag der Goldpreis bei 1'182 US-Dollar pro Unze, was beim damaligen Dollar/Franken-Wechselkurs einem Kilo-Preis von 36'556 Franken entsprach.



Mit der Volksinitiative «Rettet unser Schweizer Gold (Gold-Initiative)» sollte verhindert werden, dass der SNB weiteres Gold aus ihren Reserven überführt werden muss. Ferner sollte die SNB verpflichtet werden, einen wesentlichen Teil ihrer Reserven in Form von Gold zu halten. Der Anteil sollte zwanzig Prozent der Reserven nicht unterschreiten.

Nicht zuletzt dank massiver Gegenpropaganda der damaligen Finanzministerin Widmer-Schlumpf und der SNB, die ihre Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit gefährdet sah, wurde die Initiative vom Volk und von allen Ständen verworfen. Trotzdem lohnt sich ein Rückblick, denn im Nachhinein betrachtet wäre die Annahme der Goldinitiative für die Schweiz eine Wohltat gewesen, weil der Goldpreis seither massiv angestiegen ist.



Zu Ostern 2022 (am 18.4.2022) erreichte der Goldpreis 60'262 Franken pro Kilo. Anfang März 2022 wurde mit 61'847 Franken pro Kilo sogar ein neuer Rekord verbucht.

Die SVP stellte sich schon 1999 gegen den Verkauf der Goldbestände der SNB, welche diese für eine Stiftung einsetzen wollte. Aber leider hat sich die SNB bzw. der Bundesrat durchgesetzt und für den Verkauf von 1'300 Tonnen Gold rund 21,5 Milliarden Franken Erlös (ca. 15'604 Franken pro Kilo) erzielt. Heute wären diese 1'300 Tonnen satte 78,3 Milliarden wert.

Bei Annahme der Goldinitiative wäre ein zusätzlicher Gewinn von 58 Milliarden Franken entstanden, mit dem man die Schäden der Corona-Krise weitestgehend hätte finanzieren können.

Aber eben, die Siebenmalklugen der anderen Parteien und der SNB wissen es immer besser als die SVP.

Die SNB nahm am 1. Mai 2000 – d.h. am Tag des Inkrafttretens des Bundesgesetzes über die Währung und die Zahlungsmittel – ihre Goldverkäufe auf. Es handelte sich dabei um die erste Transaktion eines Verkaufsprogramms von insgesamt 1'300 Tonnen. Die Goldverkäufe verteilten sich in den Jahren 2000 bis 2005 wie folgt: 2000: 170,8 Tonnen (t); 2001: 220,8t; 2002: 281,9t; 2003: 283,4t; 2004: 279t; 2005: 64,1t. Nach dem Verkauf der 1'300 Tonnen Gold verfügte die SNB noch über einen Goldbestand von rund 1'290 Tonnen.

## Ein Drittel für den Bund, zwei Drittel für die Kantone

Der Erlös aus dem Goldverkauf wurde im Frühjahr 2005 gemäss geltender Verteilungsregel an den Bund (1/3) und an die Kantone (2/3) ausgeschüttet. Es handelt sich um einen Betrag von gut 21,1 Milliarden Franken – zusätzlich zur regulären Gewinnausschüttung von 2,9 Milliarden Franken. Insgesamt hat die SNB für das Geschäftsjahr 2004 somit rund 24 Milliarden an Bund und Kantone ausgeschüttet. Ein Teil des Gewinnanteils des Bundes ging auf Druck der SVP an den Ausgleichsfonds der AHV, doch wurden diese Milliarden später zweckentfremdet zur Sanierung der IV eingesetzt.

Am 14. Juni 2007 kündigte die SNB an, sie werde bis Ende September 2009 weitere 250 Tonnen Gold verkaufen und ihre Devisenreserven mit den entsprechenden Verkaufserlösen aufstocken. Der Gesamtbestand der Währungsreserven bleibe dabei unverändert. Die SNB verkaufte zwischen der Ankündigung (14. Juni 2007) und Ende 2007 145 Tonnen Gold. Der Durchschnittspreis pro Kilo belief sich auf knapp 27'000 Franken. Die 2008 verkauften restlichen 105 Tonnen dürften einen durchschnittlichen Verkaufserlös von 29'000 Franken pro Kilo gebracht haben. Auch diese Verkäufe erweisen sich heute

**EP** Ehrensperger Partner  
Vermögensverwaltung

## Negativzinsen! Und jetzt?

Ehrensperger Partner Vermögensverwaltung AG  
Hamelrainstrasse 15 | CH-8302 Kloten  
T +41 (0)44 815 59 00 | info@ehrenspergerpartner.ch

als Fehlentscheid, denn statt eines Verkaufserlöses von sieben Milliarden Franken stände heute ein Wert von gut 15 Milliarden zu Buche.

Nach diesen «Heldentaten» glaubte die SNB zusammen mit der damaligen Finanzministerin Widmer-Schlumpf, sie seien nun die Kompetenzstellen für Goldanlagen, und sie stellten sich an vorderster Front gegen die Goldinitiative, die 2013 mit 106'052 gültigen Unterschriften eingereicht worden war. O-Ton Widmer-Schlumpf: «Gold spielt für die Stabilität von Währungen kaum noch eine Rolle.» Und: «Für sich allein genommen, ist Gold eine sehr riskante Anlage.» Auch die Presse übernahm weitgehend die Argumentation der SNB und des Bundesrates und stellte sich grossmehrheitlich gegen die Initiative. Die Staatspropaganda führte schliesslich zu einer deutlichen Abfuhr für die Initiative mit 77 zu 23 Prozent.

### 100 Milliarden an verpassten Gewinnen

Wäre die Initiative angenommen worden, hätte die Nationalbank für rund sechzig Milliarden Franken Gold (rund 1'500 Tonnen) erwerben müssen, um den Anteil der Goldreserven von damals 7,5 Prozent (Stand: Oktober 2014) auf die geforderten zwanzig Prozent zu heben. Auf diesen sechzig Milliarden Investitionen hätte seither aber ein Gewinn von rund 36 Milliarden resultiert. Zählt man die Beträge der verpassten Gewinne zusammen, kommt man auf einen Betrag von rund 100 Milliarden Franken.

Stattdessen kauft die SNB seit Jahren Fremdwährungen auf, die aber regelmässig an Wert verlieren. Warum hat Bundesrätin Widmer Schlumpf nicht vor diesen Risiken gewarnt? Die SNB wiederum beklagte anlässlich ihrer Kampagne gegen die «Gold-Initiative», dass sie wegen der Goldbestände auf der Aktivseite keine Zinseinnahmen verzeichnen würde. Ob der Aufkauf von deutschen Staatsanleihen mit Negativrenditen eine klügere Wahl als eine Währung ohne Gegenparteorisiken war, ist allerdings fraglich. Man muss sich doch angesichts der Verschuldungsorgien in der EU und in den USA bewusst sein, dass auch die Schuldner-Bonität dieser gekauften Staatsanleihen von Jahr zu Jahr sinkt. Vor den Goldverkäufen hielt die SNB knapp 2'600t Gold. Heute sind es noch 1'040t, davon 39t in Münzen. Noch immer werden dreissig Prozent davon im Ausland gelagert (Geschäftsbericht 2021).

Kritiker werden nun einwenden, dass es sich bei den geschilderten verpassten Gewinnen von rund 100 Milliarden Franken um Buchgewinne handle, die zuerst noch am Markt realisiert werden müssten. Das ist richtig. Um die zwanzig Prozent-Mindestbestandsklausel zu kippen, wäre zudem eine neue Volksabstimmung nötig gewesen. Aber auch diese Notbremse hätte gelockert werden können, um Goldgewinne einzufahren und sinnvoll zum Wohle der Bevölkerung einzusetzen. Die Verantwortlichen der SNB hatten wahrlich kein «goldenes Händchen».

*Hans Kaufmann*

## Mehr Unabhängigkeit in der Versorgung!

Unzensuriert



Der Ukraine-Krieg hat der Weltöffentlichkeit erneut vor Augen geführt, dass es keinen ewigen Frieden gibt, ganz besonders nicht in Europa. Ebenso wird den Menschen – auch hierzulande – die Bedeutung einer eigenen, schlagkräftigen Armee wieder mehr bewusst. Konzepte über völkerrechtliche Schutzgarantien, auf die sich ein Land auch tatsächlich berufen könnte, wirken heute seltsam surreal.

Auch andere Schönwetterkonzepte geraten durcheinander: Die Ukraine ist bekanntlich die Kornkammer Europas, 8-10 Prozent des weltweiten Weizen-Exports kommt aus der Ukraine. Der Krieg führt zu Produktionsausfällen, die Nahrungsmittelpreise steigen. Nordafrika z.B. ist besonders abhängig vom ukrainischen Getreide-Export, es werden dort Hungersnöte befürchtet.

In dieser Ausgangslage wäre zu erwarten, dass sich die westeuropäischen Staaten bemühen, ihren Grad an wirtschaftlicher Selbstversorgung wieder zu erhöhen. Sei es zur Verringerung der Abhängigkeit vom Ausland, sei es zur Reduktion ihres Anteils am weltweiten Getreideverbrauch, so dass Preisexplosionen und Hungersnöten ausserhalb Europas entgegengewirkt werden könnte.

Zumindest in der Schweiz verharret die Politik aber in liebgewonnenen Konzepten aus Schönwetterzeiten. Noch im April 2022 beschloss der Bundesrat eine Umwandlung von zusätzlich 3,5 Prozent der Ackerbauflächen in Biodiversitäts-Förderflächen. Die inländische Produktion würde damit geschwächt und die Auslandabhängigkeit erhöht.

In Erinnerung gerufen sei zudem, dass schon heute, z.B. für den Erhalt von Direktzahlungen, substantielle Vorgaben zum Anteil an Biodiversitäts-Förderflächen bestehen. Zu Recht hat Erik Fyrwald, Chef des Agrarkonzerns Syngenta, zudem darauf hingewiesen, dass auch der Biolandbau einer Erhöhung der Produktion entgegensteht. Die Erträge im Biolandbau können je nach Produkt um bis zu 50 Prozent tiefer ausfallen.

Grüne und Umweltschützer fordern derweil zur Problemlösung eine Reduktion des Fleischkonsums. Putin wartet indes mit seiner Armee nicht, bis sich die menschlichen Essgewohnheiten vielleicht einmal ändern. Es braucht mehr – nicht weniger – Produktion für eine Erhöhung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit sowie gegen Nahrungsmittelknappheit, und zwar jetzt. Sozialromantik und aktivistische Öko-Konzepte von gestern sind fehl am Platz.

*Patrick Freudiger*

## Geschwätzigkeit beschädigt Schweizer Staatsraison



Bis Ende der Siebzigerjahre galt: Ein Schweizer Aussenminister schweigt in vier Sprachen. Das Bonmot war Ausdruck jener in Verruf geratenen Haltung, wonach sich die Schweizer Regierung weder in fremde Konflikte einmischte noch unnötige Kommentare abgibt – und selbstverständlich auch nicht an Boykotten gegen Konflikt- und Kriegsparteien teilnimmt. «WOKE-ismus», politischer Korrektheitskult und geschwätzige, moralische Selbsterhöhung haben diese bewährte Staatsmaxime beerdigt.

Dabei lässt sich dem Vorwurf der Geschäftemacherei und Trittbrettfahrerei leicht entgegentreten: Durch Verpflichtung zum «courant normal» – also zu einem Handelsvolumen im Umfang der Jahre vor dem Konflikt – ist der Neutrale weder Kriegsgewinnler noch Kriegspartei. Andererseits bewahrt man sich durch solche Zurückhaltung die Eignung, Gute Dienste anzubieten.

Im schrecklichen und mit unendlichem menschlichem Leid verbundenen Ukrainekrieg bauen die Konfliktparteien ihre gegenseitigen Hasskaskaden auf, die mit jedem weiteren Kriegstag unversöhnlicher werden. Umso unverzichtbarer wäre ein neutraler Mittler, um mitzuhelfen, das Elend zu beenden. Dass nun die Türkei Gastgeberin solcher Verhandlungen ist, die in Genf hätten stattfinden müssen, hat die Schweiz durch die opportunistische Übernahme der EU-Sanktionen vergeigt.

Für diesen eklatanten Verstoss gegen die Staatsraison sehe ich drei Gründe:

- Im Zug des überhandnehmenden WOKE-ismus und eines geschwätzigen politischen Korrektheitskultes wird verlangt, dass jede Person des öffentlichen Lebens permanent ihren Senf zu allem der Welt mitzuteilen hat. Prominente Sportler, Künstler und erst recht Politiker, die sich dem verweigern, werden durch die Guten und Gerechten in den Leitmedien abserviert.
- Die Geschwätzigkeit von Bundespräsident Cassis hat weitere Gründe. Bekanntlich braucht ein Bundesrat die Stimmen von Rivalen und Opposition, um gewählt zu werden. Wegen der Schwäche der FDP ist seine Wiederwahl gefährdet. Durch Lavieren nach allen Seiten hofft er, die Wiederwahl zu schaffen – und nimmt dabei Missverständnisse in Kauf. So haben die USA bereits hinausposaunt, wir hätten die Neutralität abgeschafft.
- Durch Übernahme ihrer Sanktionen hofft der Bundesrat, die EU kompromissbereit zu stimmen. Dabei will diese nach wie vor einen Satellitenstatus der Schweiz mit hohen Tributzahlungen sowie unsere Unterwerfung unter die EU-Gerichtsbarkeit.

Die Geschwätzigkeit unseres Aussenministers schadet dem Land, verärgert viele und verwirrt alle. Schweigen in vier Sprachen war eben doch nicht das Dummste.

Markus Eckstein, Goldach SG



### Das Büro Ha deckt auf!



**Von der Wirklichkeit überrannt.** Die deutsche Regierung hat eiskalte Füsse. Der deutsche Zivilschutz ist während Jahrzehnten vernachlässigt worden. Angesichts der Drohung der Russen, Atomwaffen einzusetzen, sind die regierenden Traumtänzer von der Wirklichkeit überrannt worden. Es gibt praktisch keine Sirenen mehr. Die Warn-Apps funktionieren bei weitem nicht überall, und wenn doch, dann mit bis zu dreissig Minuten Verzögerung. Es gibt keine Schutzbunker mehr. Die eingelagerten Nahrungsmittel reichen für einige Tage. Und der Hammer: Die Gasspeicher sind noch zu knapp zwanzig Prozent gefüllt. 2015 wurden alle Erdgasspeicher an die Gasprom-Tochter Astora verscherbelt.

\*

**Schröpfung von Bankkunden.** Gut 65 Prozent der Schweizer Bankkunden tätigen ihre «Einzahlungen» per E-Banking. Sie übernehmen die Arbeit der Banken bei sich zu Hause und machen alles schön transparent – für die Bank und den AIA. Wer noch «old-fashioned» ist und eine Inlandzahlung am Bankschalter vornimmt, bezahlt bei Credit Suisse 35 Franken pro Zahlung. Bei der UBS sind

es 60, bei Raiffeisen 25 Franken. Damit werden vor allem die Rentner abgezockt.

\*

**Verschrottung.** Wir haben bereits über 400 Schützenpanzer M 113 und über hundert Aufklärungsfahrzeuge 90 verschrottet. Schon vor Jahren haben die Baltischen Staaten genau diese Panzerfahrzeuge auf dem Markt gesucht. Damals hätte man noch «Geld machen» oder noch besser die Fahrzeuge im Bestand behalten können. So wurden zum Beispiel die Panzerminenwerfer, ein gefechtstaugliches System, vernichtet. Das System Panzer-Mörser ist nach wie vor nicht einsatztauglich und umfasst ganze 36 Rohre für die ganze Armee. Ebenso wurden die ortsfesten Zwillingswerfer (über 200 Rohre) vernichtet. Dummheit ist lernbar.

Tis Hagmann

### Churz & Bündig

Eine Umfrage allein unter Velofahrern liefert als «wissenschaftlich erhärtetes Ergebnis» die Neuigkeit, dass die Behörden zu wenig für die Velofahrer täten. Zu welchem «wissenschaftlich erhärtetem Ergebnis» käme wohl eine Umfrage über Velofahrer, in der bloss Trottoir-Benützer zu antworten berechtigt wären?

us

Herausragende Neuerscheinung

# «Tell wacht»

Buchrezension von Peter Forster

Ein gelungener Zukunftsroman kommt druckfrisch aus der Schweiz. Der Autor, Botschafter Dr. Carlo Jagmetti, vertrat unser Land in Seoul, Brüssel, Paris und Washington.



In der Garde der herausragenden Botschafter gehörte Jagmetti zu den Besten. Und er war, heute im EDA ungebrauchlich, Truppen- und Generalstabsoffizier.

## Der Autor: Ein Staatsbürger

Das spürt man bei der spannenden Lektüre seiner 270 Seiten. Der Staatsbürger, Soldat und Diplomat entfaltet ein packendes Nachrichtenspiel: Pandämonium und

Hoffnung zugleich. Das Szenario spielt in den Jahren 2051–2053. Somit verletzt Jagmetti die eherne Regel des früheren NZZ-Chefs Dr. Fred Luchsinger nur um zwei Jahrzehnte. Luchsinger pflegte jungen Korrespondenten auf den Weg zu geben: «Sie können alles prophezeien, aber nur zu Ereignissen in fünfzig Jahren.»

35 Jahre stand Jagmetti im diplomatischen Dienst. Er kennt die Orte, Finessen, Protokolle, Fallen und Imponderabilien der Aussenpolitik – bis zu den feinsten Weinen und pompösesten Prunksälen. Obwohl die Region Schweiz im deutsch beherrschten üblen Europäischen Zentralstaat (EZS) das internationale Genf verrotten liess, erweckt sie zu guter Letzt – in der Agonie des EZS und der nuklearen Apokalypse – den Völkerbundspalast von anno dazumal wieder zum Leben.

## Warnung vor dem Zentralstaat

Der Staatsbürger Jagmetti führt dem Autor Jagmetti die Feder. Sein Buch ist eine einzige grosse Warnung vor dem Europäischen Zentralstaat. Von Frankfurt aus

beherrscht, entzog der EZS den abendländischen Nationalstaaten jegliche Souveränität. Ein deutscher General führt Europas innerlich marode Schutzmacht, eine Art EZS-Armee; ein Landsmann befehligt die Interventionsmacht, die der Unruhen auf dem Kontinent nicht mehr Herr wird.

Positiv gesprochen: «Tell wacht» überzeugt als singuläres Bekenntnis zur Souveränität und Eigenständigkeit der Eidgenossenschaft. Die Entmündigung der Schweiz setzt Jagmetti auf das Jahr 2027 an: Sie begeht den unverzeihlichen Fehler, der EU beizutreten, womit sie sich 2031 im Zentralstaat wieder findet – rechtlos, wehrlos, entwurzelt, traditionsarm, staatspolitisch enthauptet.

## Plädoyer für die freie Schweiz

Vorzüglich bettet Jagmetti sein Plädoyer für die freie, freiheitliche Schweiz in die manchmal beklemmende, mitunter auch amüsante Schilderung ein. Das gelingt ihm um so besser, als er mit seinem Lebenswerk, mit seiner Überzeugung und dem gelebten Patriotismus für die Bonität seines Aufrufes bürgt. Ein modernes Buch, das aufrüttelt und an unvergänglichen Werten festhält.

Peter Forster

*Peter Forster, langjähriger Chefredaktor des «Schweizer Soldat», verfasste die hier von der «Schweizerzeit» übernommene Buchrezension für das «Bulletin Nr. 1» (www.bulletin-1.ch), dessen Herausgeber er heute ist. Wir bedanken uns beim Autor und bei der Vereinigung «Freiheit und Verantwortung» herzlich für das Copyright zur Buchrezension.*

**Beachten Sie den Bestellschein auf Seite 23 der heutigen Schweizerzeit.**



# NEIN

## zur Organentnahme ohne Zustimmung!

Hirntod ist ein kreiierter Begriff um auf legale Art am lebenden Menschen Organe zu entnehmen. >>>

Volksabstimmung vom  
**15. Mai 2022**

[www.edu-schweiz.ch](http://www.edu-schweiz.ch)

**EDU+UDF**  
Eidgenössisch-Demokratische Union



**Thomas Lamprecht**  
Vizepräsident EDU Schweiz

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 38)

# Damals in der Auns

von Hans Fehr, a. Nationalrat und Auns-Geschäftsführer, Eglisau ZH



Einer der Höhepunkte in meiner Zeit als Auns-Geschäftsführer (1. April 1998 bis Herbst 2010) ist zweifellos die 24. Mitgliederversammlung vom 25. April 2009 im Berner Hotel National. Es ist mir nach etlichen Bemühungen gelungen, **Franz Ludwig Graf von Stauffenberg**, ehemaliges Mitglied des Bundestages und des Europaparlamentes, als Gastredner zu gewinnen, den jüngsten Sohn des Hitler-Attentäters Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Letzterer ist bekanntlich – nach dem leider gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 in der «Wolfsschanze» in Ostpreussen – noch in der Nacht des 20. Juli, auf Befehl von Generaloberst Fromm, erschossen worden – ebenso seine engsten Mitverschwörer Oblt Werner von Haeften, General Friedrich Olbricht und Oberst Mertz von Quirnheim.

\*

Franz Ludwig, wortgewaltig und ein Hüne von Gestalt, macht den rund 1'000 anwesenden Auns-Mitgliedern, Sympathisanten und Gästen einen nachhaltigen Eindruck. Er bekennt in seinem Referat «Die Europäische Union und der Rechtsstaat», ein überzeugter Europäer zu sein. Gleichzeitig warnt er aber eindringlich vor den Fehlentwicklungen in der EU, die im Vertrag von Lissabon kumulierten. Denn «Lissabon» sei nicht «ein Sieg für Europa», sondern ein Sieg der Brüsseler Funktionäre und der «Amtlinge» über den Bürger. Damit würden letztlich der Rechtsstaat und die Demokratie ausgehebelt. Stauffenberg betont, er wolle den Schweizern keine Empfehlungen zum Umgang mit der EU geben, er sage lediglich: «Schaut Euch diesen Laden genau an!»

## Die EU als anonyme Machtmaschine der «Amtlinge»

Stauffenberg stellt fest, er sei im vergangenen Februar vor dem Deutschen Verfassungsgericht in Karlsruhe als Kläger aufgetreten, um die Ratifizierung des Reformvertrags von Lissabon durch Deutschland zu verhindern, «weil dieser Vertrag die demokratische Legitimation der EU vollends beseitigt.» Die Leute, die in Brüssel die Macht ausübten, seien die Akteure eines Kollektivs von «Amtlingen» – von ungewählten Staatssekretären, Ministerialbeamten, Referenten, Kommissaren und Lobbyisten ohne Verantwortung.

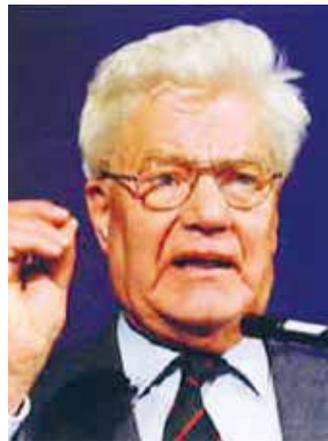
Sie funktionierten in Brüssel als «anonyme Machtmaschine», die über alles bestimme. «Sie haben schleichend eine Zentralregierung geschaffen, die bis hinein in die Details des Alltags alles regelt, etwa in der Frage des Eigentums.» Der Job der Amtlinge sei es, die eigene

Funktion und die eigene Macht und die ihrer Kaste zu erhalten und zu stärken. Von dieser «Obrigkeit» gingen 80 Prozent aller Rechtsnormen des täglichen Lebens der EU-Bürger aus.

Stauffenberg weist auf die folgende absurde Tatsache hin: «Nur Staaten, die rechtsstaatlich, demokratisch und gewaltenteilig ihren Bürgern Rechenschaft ablegen, können Mitglied der EU werden. Aber exakt die EU erfüllt diese Anforderungen nicht! Wäre sie selbst ein Staat, dürfte sie nicht Mitglied der Union werden!»

Die Europäer, so Stauffenberg, müssten sich wieder darauf besinnen, was sie seien – nämlich Bürger von Rechtsstaaten und Demokratien, in denen sie die Mächtigen kontrollierten und ihre Macht begrenzten – und nicht umgekehrt.

Die Auns-Mitglieder verabschiedeten schliesslich eine Resolution, die den «Ausverkauf der besonderen Stärken der Schweiz» sowie die «Kapitulation des Bundesrates gegenüber ausländischem Druck» scharf verurteilt und verlangt, dass der Bundesrat endlich die Interessen der Schweiz vertreten müsse.



Franz Ludwig (\*4. Mai 1938) und sein Vater Klaus Schenk Graf von Stauffenberg (15. Nov. 1907 – 21. Juli 1944)

## Genugtuung für Stauffenberg

Bald nach seinem brillanten Referat bei der Auns geben die Karlsruher Richter Graf Stauffenberg weitgehend Recht. Er ist als Kläger gegen die Vereinbarkeit des Lissaboner Vertrages mit dem Grundgesetz aufgetreten. Das Bundesverfassungsgericht stellt fest, der Lissaboner Vertrag der EU weise schwere Mängel auf. «Das Grundgesetz erlaubt eine Übertragung von Hoheitsrechten nur, wenn sichergestellt ist, dass die Mitgliedstaaten souverän bleiben.» Eine «Integrati-on», die darüber hinausgehe, müsse laut Grundgesetz

### Eine fast unglaubliche Geschichte

Der Auftritt von Franz Ludwig Graf von Stauffenberg bei der Auns elektrisiert natürlich auch die Medienwelt – umso mehr als damals gerade der Film «Operation Walküre – Das Stauffenberg Attentat» mit Hauptdarsteller Tom Cruise in den Kinos angelaufen ist. Auch ein Journalist des «SonntagsBlick» ist sehr interessiert und verfasst einen umfassenden illustrierten Bericht über unseren berühmten Gastredner. Erwartungsvoll schlage ich am nächsten Tag den SonntagsBlick auf – und bin masslos enttäuscht. Der ursprünglich mehrseitige Bericht ist auf eine 1-spaltige Kurznachricht mit einem Foto in Briefmarkengrösse zusammengeschrumpft. Ich stelle den Journalisten zur Rede und bekomme nur Ausflüchte zu hören; offensichtlich ist ihm die Sache selber peinlich. Später gesteht er mir dann die wahre unglaubliche Geschichte: Der Abzug des SonntagsBlick habe vorgängig, wie üblich, nach Berlin zur Begutachtung (sprich Zensur) durch Frank A. Meyer geschickt werden müssen. Und siehe da: Meyer habe umgehend sein Veto eingelegt und sinngemäss bemerkt: «Seid Ihr wahnsinnig, der Auns eine solche Plattform zu geben?» Und er habe durchgesetzt, dass der Bericht praktisch zur Unkenntlichkeit habe abgespeckt werden müssen. *(So war/ist es also bestellt mit der «internen» Pressefreiheit bzw. der sachgerechten Information bei Ringier.)*



### AUS GRENDELMEIERS <<REICH DER MENSCHEN>>

#### Sokrates

Der Sokrates – ein weiser Greis – sprach einst: «Ich weiss, dass ich nichts weiss!» Mit diesem Spruch zur rechten Zeit erlangte er Unsterblichkeit.

Dafür nun habe ich Verständnis!  
Ich kam zu ähnlicher Erkenntnis  
und möchte diese nicht mehr missen:  
Ich weiss, dass andre auch nichts wissen.



«von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen» werden können. Das Verfassungsgericht räumt sogar jedem Bürger ein ausdrückliches Klage-recht ein. Und es spricht der EU jedes Recht, die Zentralisierung von oben eigenmächtig voranzutreiben, schlichtweg ab.

*(Fortsetzung folgt)*

*Hans Fehr*

## Die Schweizerzeit-Agenda

Freitag, 13. Mai 2022, 19.00 Uhr

### Wohin führt die Massenzuwanderung?

Mai-Tagung mit Referat von alt Nationalrat Adrian Amstutz (SVP/BE)  
Casino Wohlen, Zentralstrasse 30 A, 5610 Wohlen/AG  
Veranstalterin: SVP Bezirk Bremgarten

Samstag, 14. Mai 2022, 18.00 Uhr

### SVP bi de Lüt

Die Nationalräte Benjamin Fischer, Alfred Heer, Thomas Matter, Therese Schläpfer, Barbara Steinemann, Mauro Tuena und Bruno Walliser stehen Red und Antwort  
Höri-Fäscht, Wehntalerstrasse 46, 8181 Höri/ZH  
Veranstalterin: SVP Bezirk Bülach

Mittwoch, 1. Juni 2022, 19.00 Uhr

### Heimische, sichere und bezahlbare Energieversorgung

Referat von Nationalrat Andreas Glarner  
Restaurant Bahnhofli, Bahnhofstrasse 38, 4303 Kaiseraugst/AG  
Veranstalterin: SVP Kaiseraugst

Donnerstag, 2. Juni 2022, 19.30 Uhr

### Klimaschutz und Versorgungssicherheit

Informationsveranstaltung mit Referaten von Martin Schwab (CEO CKW) und Christian Imark (NR SVP SO)  
Centralschweizerische Kraftwerke AG, Rathausen 1, 6032 Emmen/LU  
Veranstalterin: SVP Kanton Luzern und CKW Emmen/Freier Eintritt

## KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das Schweizerzeit-Magazin.

Preis bis Ende 2022: Fr. 40.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach,  
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03  
E-Mail: [abonnement@schweizerzeit.ch](mailto:abonnement@schweizerzeit.ch)

# Büchertisch

## BESTSELLER



### Der Energie-Irrtum

Warum Erdgas und Erdöl unerschöpflich sind

**Hans-Joachim Zillmer**

Dass CO<sub>2</sub> den Untergang der Erde bewirken könnte, wird heute von den Medien mit linksgrünem Eifer als

Dogma verbreitet. Dieses linksgrüne Denksystem, das Klimamodell des Welt-Klimarats bestimmend, wird vom Autor widerlegt. Ein Buch, das angesichts der von Energie-Dogmen heimgesuchten Welt Pflichtlektüre sein sollte.

LangenMüller, München 2020 (2009), 335 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 33.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 30.50



### Warum die Schweiz reich geworden ist

Mythen und Fakten eines Wirtschaftswunders

**Markus Somm**

Dass Schweizer mit erfolversprechenden Ideen für wirtschaftliche Tätigkeit in unserem freiheitlichen

Land ihren Ideen Taten folgen lassen konnten: Dieser Voraussetzung verdankt die Schweiz ihre erstaunliche wirtschaftliche Blüte, solides Fundament des Sonderfalls Schweiz.

Stämpfli, Bern 2022, 296 S., geb., (Richtpreis Fr. 49.–) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 44.10



### Der Rufer aus der Wüste

Wie 16 Merkel-Jahre Deutschland ramponiert haben

**Chaim Noll**

Ein hervorragendes Buch, vom etablierten Buchhandel gemieden, in der Schweiz wahrscheinlich bloss von der Schweizerzeit empfohlen: Es präsentiert die Bilanz des Niedergangs, den Deutschland

in der Regierungszeit von Angela Merkel erlebt hat. Auch Europa, auch die Schweiz werden von diesem Niedergang ernsthaft getroffen.

Achgut-Edition, Berlin 2022, 198 S., brosch., (Richtpreis Fr. 27.50) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 24.70 (Bei diesem Buch muss mit längerer Lieferzeit gerechnet werden!)

## AKTUELL



### Die Utopia-Methode

Der neue Kulturkampf gegen Freiheit und Christentum

**Giuseppe Gracia**

Klimaschutz, Gender-Mainstreaming, Proteste gegen Sexismus und Rassismus: Von den Medien pauschal gutgeheissene Anliegen, wobei

der rote Faden im neuen Kulturkampf allerdings nie offengelegt wird: Die kategorische Ablehnung der jüdisch-christlichen Wurzeln der westlichen Zivilisation. Ein hervorragendes Buch wider oberflächlichen Zeitgeist.

Fontis, Basel 2022, 96 S., geb., ill., kartoniert, (Richtpreis Fr. 14.50) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 13.05



### Aufstieg und Fall grosser Reiche

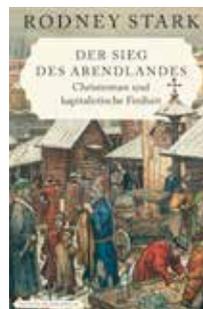
Von Atlantis bis zum Sowjet-Imperium

**Holger Sonnabend**

Eine reich bebilderte Dokumentation über Grossreiche, die im Lauf der Weltgeschichte entstanden, nach einiger Zeit wieder verschwunden sind.

Mykene, das Assyrische Reich, das Perserreich, Sparta, Athen, Alexander der Grosse, Attila, Staufer, Venedig, Habsburg, Napoleon, Grossbritannien: Dies eine (beschränkte) Kapitel-Auswahl zum Inhalt.

WBG/Theiss, Darmstadt 2022, 304 S., geb., reich ill., (Richtpreis Fr. 49.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 44.90



### Der Sieg des Abendlandes

Christentum und kapitalistische Freiheit

**Rodney Stark**

Ein amerikanischer Religionshistoriker weist nach, dass die zivilisatorische Führung, welche das Abendland zumindest im zwanzigsten Jahrhundert erreichte, in engem Zusammenhang steht zum das Tor zur Freiheit öffnen Christentum. Eine weltgeschichtliche Betrachtung, die Eindruck hinterlässt.

Manuscriptum, Lüdinghausen 2019 (Random 2005), 431 S., geb., (Richtpreis Fr. 47.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 43.10

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

## HEIMAT

**Lieblingsorte – Dölf Ogi***Im wildromantischen Gasteretal***Andrea Fischbacher**

Alt Bundesrat Dölf Ogi nimmt Sie mit an seine Rückzugsplätze im Berner Oberland, die ihm regelmässig Abstand vom hektischen Tagesgeschehen sichern.

Weber, Thun/Gwatt 2020, 216 S., reich. ill.,  
(Richtpreis Fr. 49.–) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 44.10

**Rund um den Vierwaldstättersee****Dr. Erika Flückiger Strebel,  
Martino Froelicher**

Wanderungen auf dem Waldstätterweg und dem Weg der Schweiz durch eine einmalige, von Bergen und vom See geprägte Landschaft zu den Stätten der frühen Eidgenossenschaft.

Weber, Thun/Gwatt, 162 S., geb., reich bebildert,  
(Richtpreis Fr. 29.–) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 26.10

## BUCHZEICHEN

**Tell wacht****Carlo Jagmetti**

Sorge um die Zukunft der Schweiz prägt dieses Buch, verfasst von einem der profiliertesten Botschafter, der die Schweiz je im Ausland vertreten hat. In einem Zukunftsroman beobachtet der Autor den Zerfall des Abendlandes, der auch die Schweiz erfasst. Aber diese findet schliesslich zurück zu altem Tellen-Geist – als hätte Tell über der Eigenständigkeit der Schweiz gewacht.

Viele dürften sich erinnern: Botschafter Carlo Jagmetti wurde – zur Zeit der sogenannten Holocaust-Krise – Opfer einer üblen Medienattacke, so dass er vorzeitig aus Washington abberufen werden musste. Der abrupte Karriere-Abbruch dieser hochverdienten Persönlichkeit prägt seinen Zukunftsroman nicht unwesentlich.

Freiheit und Verantwortung, Lachen 2021, 272 S., brosch.,  
Ihr Schweizerzeit-Sonderpreis: Fr. 15.–

## Bestellschein

## Schweizerzeit

**Bestseller**

- Hans-Joachim Zillmer – Der Energie-Irrtum **à Fr. 30.50**  
 Markus Somm – Warum die Schweiz ... **à Fr. 44.10**  
 Chaim Noll – Der Rufer aus der Wüste **à Fr. 24.70**

**Aktuell**

- Giuseppe Gracia – Die Utopia-Methode **à Fr. 13.05**  
 Holger Sonnabend – Aufstieg und Fall ... **à Fr. 44.90**  
 Rodney Stark – Der Sieg des Abendlandes **à Fr. 43.10**

**Heimat**

- Andrea Fischbacher – Lieblingsorte Dölf Ogi **à Fr. 44.10**  
 E. Flückiger, M. Froelicher – Rund um den ... **à Fr. 26.10**

**Buchzeichen**

- Carlog Jagmetti – Tell wacht **à Fr. 15.–**

**Bestellung an:**

Schweizerzeit-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach  
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, [buechertisch@schweizerzeit.ch](mailto:buechertisch@schweizerzeit.ch)

Der Schweizerzeit-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 9.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.  
(09/13.05.2022)

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel-Nr.

Datum

Unterschrift



# SCHWEIZERZEIT-VIDEOS

Die Schweizerzeit-Videos finden Sie online auf

**www.schweizerzeit.ch**, auf der **Schweizerzeit App**  
und auf unserem **YouTube-Kanal «Schweizerzeit Verlags AG»**

Die Schweizerzeit produziert und verbreitet folgende Video-Formate:

- ▣▣▣ **«Schweizerzeit Aktuell», wenige Minuten, mehrmals pro Woche**
- ▣▣▣ **«Schweizerzeit Magazin», rund eine halbe Stunde, ein- bis zweimal die Woche**
- ▣▣▣ **«Schweizerzeit Stammtisch», rund eine Stunde, vier- bis fünfmal im Jahr**

Abonnieren Sie unseren YouTube-Kanal, um keine Sendung zu verpassen.

Die nächste Schweizerzeit  
erscheint am

**20. Mai 2022**

## Schweizerzeit

### Impressum

**Herausgeberin:** «Schweizerzeit» Verlags AG,  
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9  
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9  
BIC: POFICHBEXXX

**Verlagsleitung:** Ulrich Schlüer

**Aktionen:** Michael Trachsel

**Veranstaltungen:** Denise Betschart

**Redaktion:** Postfach 54, 8416 Flaach

**Telefon:** 052 301 31 00

**Telefax:** 052 301 31 03

**redaktion@schweizerzeit.ch**

**www.schweizerzeit.ch**

**Leitung:** Ulrich Schlüer, Hans Fehr

**Mitarbeiter:** Samuel Balsiger, Karl Eckstein,  
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,  
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,  
Markus Melzl, Charly Pichler, Thorsten Polleit,  
Isabel Villalon

**Inserate:** Markus Rezzonico, 079 332 61 61

**Layout, Druck:** Dietschi Print&Design AG,  
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,  
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

**Einzelpreis:** CHF 4.–, erscheint 14-täglich

**Jahresabonnement:** mind. CHF/EUR 100.–

## Besser als ihr Ruf

Viel wird über sie geredet. Teils mit besorgtem, manchmal enttäuschem und oft mit hoffnungsvollem Unterton. Gemeint sind «die Jungen». Was ihre politischen Präferenzen betrifft, prägten in den letzten Jahren auch hierzulande unvollständige Bilder ihr Image. Klimastreiks und Juso-Krawallanten sei Dank, zeichnen viele Rechte von ihnen beim Blick in die Zukunft nicht gerade ein optimistisches Bild.

Und ja, ich muss viele Stereotypen und Einschätzungen, die zu Unter-30-Jährigen abgegeben werden, bestätigen: Materialistisch, beliebig, rastlos, vielfach ohne Werte-Kompass und Stabilität unterwegs – die Wohlstandsgesellschaft formt die Menschen nicht unbedingt nur zu charakterlichen Höchstleistungen. Schon oft philosophierte ich über ein Zitat, das einem bedeutenden Scheich von Dubai zugeschrieben wird und in den sozialen Medien die Runde machte:

«Mein Grossvater ritt auf einem Kamel, mein Vater tat dasselbe. Ich fahre einen Mercedes, mein Sohn fährt einen Land Rover, mein Enkel wird auch einen Land Rover fahren, aber mein Urenkel wird wahrscheinlich wieder auf einem Kamel reiten. Es gibt ein paar Prinzipien, die seit jeher alles im Leben bestimmen. Harte Zeiten formen starke Menschen, starke Männer schaffen gute Zeiten, gute Zeiten

gebären schwache Männer, und schwache Männer schaffen harte Zeiten.»

Doch genug mit Kulturpessimismus. Die Jungen in der Schweiz sind weit besser als der Ruf, den ihnen eine Minderheit von wohlstandsverblendeten «Nesthäkchen» aufgedrückt hat. Zum Beispiel stehen bei ihnen traditionelle Werte weit höher im Kurs als manche denken mögen. Laut einer gross angelegten Jugendbefragung von 2017 gaben fast 70 Prozent der 19-Jährigen an, dass sie einmal heiraten möchten. Noch mehr wollen eine Familie gründen und Kinder haben.

Die Corona-Krise war für viele «Millennials» ein Erweckungsmoment. Ihnen wurde bewusst, dass sich die Linken einen Deut um ihre Freiheit und Selbstentfaltung kümmern. Mit ihrem Einstehen gegen die staatlichen Corona-Massnahmen machte die Junge SVP gewaltig Boden gut. Gemäss Tamedia-Wahlumfrage vom Dezember 2021 haben 29 Prozent der 18- bis 34-Jährigen die Absicht geäussert, bei den Nationalratswahlen 2023 die SVP zu wählen. Vor vier Jahren lag dieser Wert bei derselben Altersgruppe noch bei 22 Prozent. Es ist zweifellos eine Trendwende erkennbar: Statt Gender-Fanatismus und Selbstverleugnung sind Schweizer Werte und Freiheitsliebe im Aufwind.

Anian Liebrand

Schluss  
Punkt 